

Sparpaket ist keine gerechte Antwort auf die Finanzmarktkrise–Widerstand organisieren

Im Juli 2010

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch lange nicht vorbei und schon versuchen führende Politiker uns einzureden, wir befänden uns im Jahr eins nach der großen Weltwirtschaftskrise. Das ist absurd!

Vielmehr befinden wir uns mittlerweile im vierten Jahr der Krise, aber nennenswerte Lehren sind bislang nicht gezogen worden.

Im Gegenteil: Ursache und Wirkung werden vertauscht: Der Anstieg der Staatsverschuldung wird nicht als eine Folge, sondern als Ursache der Krise in Deutschland und in Europa verdreht. Das setzt einen völlig falschen Schwerpunkt. Zentral muss es um eine konsequente Bekämpfung der Krisenursachen gehen, nämlich die Regulierung der Finanzmärkte und Kostenbelastung nach dem Verursacherprinzip.

Die enormen Kredite und Bürgschaften, die die Bundesregierungen in den letzten beiden Jahren übernommen haben, sind Folgen des Kollapses des Finanzmarktkapitalismus. Mit staatlichen Finanzhilfen und Bürgschaften wurden Banken gerettet, der Finanzkreislauf in Gang gehalten und somit die Vernichtung von Vermögen und Unternehmen verhindert. Zudem müssen Staaten vor dem „Bankrott“ geschützt werden, gegen die massiv spekuliert wird. Ohne staatliche Hilfe hätten Aktionäre und Vermögende ihre Guthaben verloren.

Nach der Steuerschätzung bedeuten allein die Steuerrechtsänderungen im Zeitraum bis 2014 Steuermindereinnahmen von ca. 35 Milliarden Euro! Das bedeutet, mehr als ein Drittel des jetzt umgesetzten Konsolidierungsbedarfs wurde überhaupt erst durch die neue Regierung geschaffen. Viele Arbeitnehmer/-innen haben dagegen für die Krise mit Verlust ihrer Arbeit und ihrer Einkommen bezahlt. Die krisenbedingten Einnahmeausfälle der Kommunen stellen ihre Handlungs- und Investitionsfähigkeit in Frage. Städte und Gemeinden sind deshalb gezwungen, ihre sozialen und kulturellen Angebote zu beschränken und ihre Investitionen zu kürzen. Dies wird wiederum die sozial Schwächsten am meisten treffen.

Die IG Metall Göppingen-Geislingen bezweifelt nicht die Notwendigkeit der Konsolidierung der staatlichen Haushalte. Der eingeschlagene Weg ist aber ungerecht. Vor allem Arbeitslose sollen die Hauptlast der Krise tragen. Die Verursacher bleiben ungeschoren und bereichern sich erneut. Die **IG Metall Göppingen-Geislingen** wird gegen diese ungerechte Lastenverteilung ihre Mitglieder mobilisieren.

Die **Delegiertenversammlung der IG Metall Göppingen-Geislingen** fordert die Abgeordneten aus den Wahlkreisen auf, sich für die Interessen der Mehrheit der Menschen aus den Wahlkreisen einzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, endlich den Verursachern der Krise die Lasten aufzubürden!

Deshalb fordert die IG Metall Göppingen-Geislingen:

- Einen nationalen Lastenausgleich, in dem die Lasten der Krise durch eine Abgabe auf Vermögen abgetragen werden.
- Eine Besteuerung hoher Einkünfte, um die Zukunftsaufgaben in Bildung und Innovation zu finanzieren.
- Wirksame steuerliche Regelungen, wie die Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.
- Eine Gemeindefinanzreform, die die Einnahmehasis der Kommunen stärkt und kommunale Investitionen ermöglicht.

Die IG Metall Göppingen-Geislingen lehnt die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen bei Arbeitslosen, Familien, der Gesundheitspolitik und der Arbeitsmarktpolitik ab und fordert die Korrektur dieser Beschlüsse.

Die Arbeitnehmer und Arbeitslosen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Sie müssen aber jetzt nach dem Willen der Bundesregierung die Folgen von Spekulantentum und ungezügelter, neoliberaler Finanzmarktkapitalismus tragen.

Die IG Metall Göppingen-Geislingen wird in den kommenden Wochen und Monaten über die Ursachen der Finanzkrise, ihre Folgen sowie das Sparpaket und dessen Folgen aufklären, den Widerstand gegen diese ungerechte Politik, die ihre Wurzeln in der Agenda 2010 und den damit verbundenen Hartz-Gesetzen hat, organisieren und sich für eine wirksame Begrenzung von Spekulationen stark machen.

Hierzu werden wir am **Montag, den 19. Juli 2010 ab 17:00 Uhr** in der Stadthalle Göppingen eine öffentliche Auftaktveranstaltung mit Dr. Heike Joebges vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei der Hans-Böckler-Stiftung durchführen.

Weitere Termine:

22. September:

Oktober - November:

13. November:

**Große Funktionärskonferenz in Sindelfingen
Informationen, Aktionen und Proteste vor Ort
Landesweite Kundgebung in Stuttgart**